Thesen zum 50. Jahrestag der Berliner Mauer

Ein Positionspapier der Genossinnen und Genossen Arnold Schoenenburg, Wolfgang Dietrich, Torsten Koplin, Birgit Schwebs, Carsten Hanke, Birgit Krause, Waltraut Tegge, Ingrid Memmrich, Wolfhard Goldbach, Nico Burmeister, Ralf Malachowski, Gerd Walther, Barbara Borchardt, Christoph Küsters und Michael Knischka

Der 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer ist für DIE LINKE. MV Anlass, eine eigene Bewertung der Ereignisse vorzunehmen. Den verfügbaren Fakten folgend, sollte versucht werden, der historischen Wahrheit nahe zu kommen. Daraus sind die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Erstens: Die politische Auseinandersetzung, die den Rahmen, den Grund für den Bau der Mauer bildete, war weltumspannend, global. Mit dem Sieg im 2. Weltkrieg hatte die Sowjetunion international ungeheuer an Macht, Ansehen und Einfluss gewonnen. Die Völker in Asien und Afrika waren in Bewegung gekommen. Das Kolonialsystem begann zu zerbröckeln. Riesenreiche, wie China und Indien, befreiten sich. Der Einfluss der kapitalistischen Hauptmächte schrumpfte scheinbar unaufhaltsam.

Vor diesem Hintergrund setzten die USA, England und Frankreich alles daran, den Einfluss des Sozialismus in Europa einzudämmen und wenn möglich, zurück zu drängen. Mit der sogenannten Truman-Doktrin wurde die ideologische Begründung geliefert. Die Anti-Hitler-Koalition zerbrach, sie wurde von den Westmächten verlassen. Damit begann der Kalte Krieg. Schritt für Schritt entstand aus den drei westlichen Besatzungszonen die Bundesrepublik. Eine Zäsur bildete in diesem Zusammenhang die Einführung der DM in den westlichen Besatzungszonen und in Westberlin am 21. Juni 1948. Die BRD wurde als Gegenentwurf und Bollwerk gegen die Länder Osteuropas aufgebaut. Einer der Spitzendiplomaten der USA, George F. Kennan schrieb 1945 in seinen Memoiren: „Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn...Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil Deutschlands als Prellbock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorlässt.“

Die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands wiederum wurde nach dem Willen der Sowjetunion gestaltet. Es verstand sich von selbst, dass auch sie nicht bereit war, auf dieses Territorium zu verzichten.

In beiden auf deutschem Boden entstandenen Staaten waren die Souveränitätsrechte eingeschränkt.
Die Grenzen zwischen den westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Besatzungszone, später zwischen BRD und DDR, aber auch zwischen West- und Ostberlin, zwischen Westberlin und der DDR waren nicht nur Grenzen in Deutschland, sondern vor allem Grenzen zwischen zwei sich feindlich gegenüber stehenden politischen und militärischen Blöcken.

Zweitens: Die sowjetische Besatzungszone und von Oktober 1949 an die DDR hatten als der kleinere und wirtschaftlich schwächere Teil Deutschlands die ungünstigere Position in der Systemauseinandersetzung. Dieser Nachteil ist bis 1989 nicht ausgeglichen worden. Die Bindung der BRD an die westlichen Industriestaaten, insbesondere die USA, sorgte für eine rasche Belebung der Wirtschaft und des Konsums. Die USA setzten am 03.04.1948 das

Gesetz über ein europäisches Wiederaufbauprogramm (ERP) in Kraft, mit seinem Kern, dem Marshallplan.
Insgesamt wurden so durch die USA 3,3 Mrd. Dollar nach Westdeutschland und Westberlin gepumpt, ein wesentlicher Ausgangspunkt für das sogenannte Wirtschaftswunder. Ostdeutschland musste bis 1954 Reparationsleistungen im Wert von 13 Mrd. Dollar erbringen, vor allem aus der Demontage von Industrieausrüstungen. Die Reparationsleistungen Westdeutschlands an die Westmächte betrugen 517 Mio. Dollar (Brockhaus).
Von 1950 bis 1959 wurden in der BRD pro Kopf der Bevölkerung für 7400 DM Investitionen durchgeführt, während es in der DDR 4650 DM waren (Keßler/Streletz)

Drittens: Westberlin wurde als „Pfahl im Fleische der DDR“ aufgebaut. Die in der jüngeren Geschichte wohl einmalige Situation, dass inmitten eines Staates ein frei zugänglicher „Brückenkopf“ des politischen Kontrahenten ganz legal existierte, wurde intensiv zur Destabilisierung der DDR genutzt. Das betrifft besonders die Organisation der Flucht Hunderttausender aus der DDR, Währungsspekulationen und die Beschäftigung von Menschen aus der DDR in Westberlin. Berlin war in jener Zeit der wohl größte internationale Spionagetummelplatz.

Viertens: Die Politik der Bundesrepublik war – in Abstimmung mit den Westmächten – von Anfang an auf die Beseitigung der DDR gerichtet. Die DDR wurde vom Westen nicht als Staat anerkannt. Die Bundesrepublik erhob für sich allen den Anspruch, Deutschland zu vertreten. Daraus resultierte, dass die Flucht von DDR-Bürgerinnen und – bürgern in die Bundesrepublik lediglich als Wohnortswechsel deutscher Staatsbürgerinnen und – bürger behandelt wurde. Die Abwerbung von Arbeitskräften schadete der DDR enorm, der westdeutschen Wirtschaft brachte sie zusätzliche Dynamik und Profit. Jährlich verließen zwischen 1952 und 1961 130.000 bis 290.000 Menschen die DDR.

Fünftens: Die DDR steckte 1961 in einer sich seit Ende der fünfziger Jahre sich vertiefenden Krise. Das 1958 auf dem V. Parteitag der SED verkündete Ziel, die BRD wirtschaftlich und in der Konsumtion zu überholen, wurde nicht annähernd erreicht. Die mit hohem Druck auf die Bauern verbundene Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft führte nicht nur zur Flucht ganzer Bauernfamilien, sondern auch zu Engpässen in der Versorgung mit Nahrungsgütern.

Sechstens: Der Mauerbau war eine zwingende Konsequenz aus der wirtschaftlichen und politischen Krise, die die akute Gefahr eines kriegerischen Konflikts in sich barg. Aus den Memoiren von Franz Josef Strauß, aus Protokollen von Beratungen Chruschtschows mit Kennedy und aus Historikerberichten geht hervor, dass der Westen durchaus mit Krieg rechnete und entsprechende Planungen anstellte. Jedoch ist daraus auch sichtbar, dass der Präsident der USA zu Recht die Folgen eines solchen Krieges fürchtete. In einem NDR-Interview vom 12.08.1976 berichtete Kennedys ehemaliger Sicherheitsberater, Walt Rostow, Kennedy habe im Juli 1961 folgendes gesagt: “Chruschtschow sieht sich einer unerträglichen Lage gegenüber. Die DDR blutet sich zu Tode, und als Folge ist der ganze Ostblock in Gefahr. Er muss etwas unternehmen, um das aufzuhalten. Vielleicht eine Mauer?“. Vom damaligen Premier ist die Tagebucheintragung belegt: „Über das Berlin-Problem können wir in ein Desaster schlittern – in eine schreckliche diplomatische Niederlage oder (aus kompletter Unfähigkeit) in einen nuklearen Krieg.“ (Nordkurier vom 21.06.2011)
Die Errichtung der Mauer um Westberlin erfolgte in engem Zusammenwirken der sowjetischen Streitkräfte und der Sicherheitsorgane der DDR. Entgegen anderen Darstellungen ist davon auszugehen, dass die Initiative dazu letztlich von Chruschtschow ausging.

Siebentens: Die Entscheidung für den Mauerbau war 1961 für die Führungen der Sowjetunion und der DDR alternativlos. Der Bau der Mauer wurde von den Westmächten akzeptiert. Die Errichtung der Mauer leitete eine Periode friedlicher Koexistenz in Europa ein, die unter anderem durch die weltweite Anerkennung der DDR gekennzeichnet war. Der Frieden in Europa war sicherer geworden.

Achtens: Für viele Menschen war die Errichtung der Mauer mit persönlichen Konsequenzen verbunden, die sie nur schwer oder gar nicht ertragen wollten und konnten. Es wurden Familien getrennt, Lebensplanungen durchkreuzt, Reisefreiheit blieb eine Utopie. Menschen verloren an der Grenze ihr Leben.

Wie die Ereignisse 1989 zeigten, war der Drang, in den Westen zu gehen, seit 1961 nicht geringer geworden. Es war nicht gelungen, den Sozialismus in der DDR so zu gestalten, dass er für die Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich als überlegene, bessere Gesellschaftsordnung gegenüber dem westlichen System begriffen und erlebt werden konnte.
Das hätte erfordert, die Wirtschaft im globalen Maßstab konkurrenzfähig und attraktiv zu gestalten, der individuellen Selbstverwirklichung breiten Raum zu geben und die demokratischen Rechte entschieden zu stärken. Das aber ist in den 28 Jahren der Existenz der Mauer nicht oder unzureichend geschehen. Sozialismus ist nur dann auf Dauer erfolgreich, wenn ihn die Menschen wollen.